

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

145 (27.3.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Inhalt: Wöchentlich zweifach. — **Verlagspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Restameizeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Abgabe: In der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluss Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton: Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtsamt, Sport, Handel und letzte Drachberichte: Karl Binder; für Hellamen und Anzeigen: Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluss Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Poststraße 9, Karlsruhe.

Nr. 145

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Dienstag, 27. März 1917

76. Jahrgang.

Mittagsblatt

Der Weltkrieg.

Deutscher Abendbericht.

W. B. Berlin, 26. März, abends. (Amtlich.) **Borposten:** Besuche bei Lagnicourt, nordöstlich von Ypern und bei Boiseil östlich von Veronne. Sonst im Westen bei schlechtem Wetter nichts Besonderes.

An der mazedonischen Front hat die Kampfaktivität nordwestlich von Monastir wieder zugenommen.

Französische Fliegerverluste.

W. B. Bern, 26. März. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der „Depeche de Lyon“ ist der Militärflieger Charriere bei Chartres tödlich abgestürzt.

O Berlin, 26. März. Unter den schweren Fliegerverlusten der letzten Wochen beklagen die Franzosen, wie dem „B. Z.“ aus dem mitteldeutschen, die von der freiwilligen amerikanischen Abteilung erlittenen, darunter den des künftigen Piloten Mac Connel.

Versenkte Schiffe.

W. B. Christiania, 26. März. Beim Untergang des Dampfers „Polux“ sind acht Passagiere und acht Mann der Besatzung umgekommen. Der Dampfer „Mittka“ aus Forsund, von Barry nach Florida unterwegs, ist von einem deutschen Tauchboot versenkt worden. Neun Mann werden vermisst.

Der Lebensmittelmangel in England.

W. B. Rotterdam, 26. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß gestern eine große Campagne zu dem Zweck eröffnet wurde, das Publikum von der Notwendigkeit einer einschneidenden freiwilligen Rationierung zu überzeugen. Die Landwirtschaftskommission Selkome, die im August errichtet wurde, hat jetzt empfindlichen Land, das nicht ordentlich bebaut wird, vorübergehend zu enteignen.

Amerikas Hilfe für unsere Feinde.

O Berlin, laut B. Z. meldet die „Times“ aus Chicago; der „Chicago Herald“ teilt mit, daß alle leitenden Bankiers Chicagos für einen weitgehenden Plan zur finanziellen Unterstützung der Alliierten eintreten würden. Eine der stärksten Waffen in der Hand Amerikas sei der Kredit. Die amerikanische Regierung solle höchstens 3 bis 3 1/2 Prozent für eine Anleihe nehmen.

W. B. Washington, 26. März. Das Kriegsdepartement gibt die Aufrufung von vierzehn Regimentern der Nationalgarde verschiedener Staaten zum Bundesdienste bekannt.

Der Präsident hat eine Order unterzeichnet, durch die das Personal der Flotte auf 87000 Mann erhöht wird.

Vor einem Jahr.

27. März 1916. Besonders heftige Angriffe der Russen bei Jakobstadt vergeblich. Sieg westpreussischer Regimenter bei Mitzoyce; 2161 Gefangene. — Die ganze italienische Stellung vor dem Nordteil der Vodgora-Gebirge erobert. Starke Kämpfe am Räder-Abchnitt. — U-Boot-Erfolg im Kanal und im Mittelmeer.

Dornenvolle Wege.

Roman von A. Willen.

(88) (Nachdruck verboten)

Diese Gelegenheit sollte aber; er konnte das Bögen des Leutnants nun wohl verstehen. Wenn er auch weit größere Chancen hatte als dieser, so konnte er sich doch nicht verhehlen, daß Adeline ein seltsames Mädchen war, das ungemein subtil ansetzt sein sollte. Bisher hatten alle seine Bemühungen, ihre Gunst zu erringen, keinen Erfolg gehabt und wenn dieses nach seiner Meinung Anfang anders zu werden, so wollte er sich doch durch ein vorzeitiges Eingreifen nicht alles verderben.

Es begann leise in ihm aufzudämmern, daß in der Tat ein Unterschied zwischen Weiß und Weiß existierte, daß sich nicht alle über einen Kamm scheren ließen.

Wie so Tag auf Tag und Woche auf Woche verrann, ohne daß sich etwas Entscheidendes ereignet hätte, begann sich der Gemütszustand der am nächsten Betroffenen doch allmählich eine gewisse Nervosität zu bemächtigen.

Besonders litt die Majorin ungemein unter der Verzögerung. Sie konnte durchaus nicht begreifen, weshalb Oswald nicht endlich Anstalten machte, da die Verhältnisse doch unzweifelhaft günstig lagen und er immer wieder betonte, er brauche nur den kleinen Finger auszustrecken, so hätte er sie sicher.

Wenn das so leicht war, so sollte er doch endlich zum Schluß mit der kleinen Antentisch kommen.

Sie bedrängte ihren Sohn immer stürmischer, bis dieser endlich mit geheimnisvollem Augenzwinkern auf Mies Geburts-

Die Revolution in Rußland.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage in Rußland ist der scharfe Gegensatz zwischen dem Duma-Komitee, in dessen Händen die Regierung liegt, und dem sozialistischen Arbeiter- und Soldatenausschuß. Das eine Komitee hat die wohlhabenderen und gebildeten Kreise der Städte auf seiner Seite, das andere die große Masse der Bevölkerung. Während das Duma-Komitee eine Reihe recht befähigter Köpfe zu seinen Mitgliedern zählt, scheint es dem Arbeiterausschuß an wirklich überlegenen Führern zu fehlen. Dennoch wächst der Einfluß des letzteren von Woche zu Woche und er macht mit seinen übertriebenen Forderungen die Lage der Regierung immer schwieriger. Während in Petersburg die Männer der gemäßigten Richtung ihre Stellung noch einigermaßen zu behaupten wußten, herrschen in Moskau und anderen russischen Städten allein die Arbeiter und Anhänger der äußersten Linken. Die Sozialrevolutionäre arbeiten mit aller Kraft darauf hin, daß die neue Nationalversammlung nach Moskau einberufen werde.

Beide Richtungen innerhalb der russischen Revolution sind aber zugleich heftigst bemüht, ihren Einfluß im Heere durchzusetzen. Und darin dürfte die größte Gefahr dieses Gegensatzes der beiden Ausschüsse für eine weitere glattere Entwicklung der russischen Volkserhebung liegen. Gefährlich für den Zusammenhalt des russischen Reiches können aber auch die Befreiungsbestrebungen werden, mit denen die allmählich erwachenden Fremdböcker Rußlands jetzt schon energisch hervortreten.

Der Draht meldet über die Lage:

Beitrag Autonomiebestrebungen.

W. B. Bern, 26. März. Nach einer Drahtmeldung des Petersburger Mitarbeiters des „Corriere della Sera“ soll außer Finnland auch Estland Autonomie verlangen. Die Abgeordneten Estlands sind bereits in Petersburg eingetroffen, um an der Ausarbeitung des Entwurfs der Autonomie für ihr Gebiet mitzuwirken. Desgleichen habe auch die Bevölkerung des Kaukasus, vor allem die Georgier, die unter dem alten Regime am meisten unter Verfolgungen zu leiden hatten, eine Bewegung eingeleitet, um auf Grund des Nationalitätenprinzips Autonomie zu verlangen. Die Umwandlung Rußlands vollziehe sich rasch. In dem Petersburger Stadtrat fanden bereits Franzosen Platz, doch gewünscht zu sein, so die Frau Mikulows unter Zuerkennung aller Rechte.

Die Lage in Finnland.

W. B. Stockholm, 26. März. (Nicht amtlich.) Laut „Svenska Dagbladet“, ist in Finnland seit Samstag die Briefzensur von und nach dem Auslande wieder eingeführt. Das selbe Blatt erzählt, daß in mehreren Städten wie Wibora, die treigelassenen Gefangenen wieder freigesetzt worden sind. Was die neue Regierung in Finnland anbelangt, so dürfte sie hauptsächlich aus bürgerlichen Elementen gebildet werden. Im Ganzen scheinen die Zustände noch wenig geregelt, da die Verordnungen einander überstürzen und in denen

niemand klar sieht, wie weit das Versprechen der Freiheit ermit gemeint wird.

Die Arbeiterpartei und der Krieg.

W. B. Amsterdam, 27. März. (Nicht amtlich.) „Telegraaf“ meldet aus Petersburg: Nach kurzer Beratung zwischen dem Kriegsminister und General Kornilow wurde beschlossen, daß letzterer persönlich die Versammlungen des Ausschusses der Arbeiter und Soldatenabgeordneten besuchen und den Abgeordneten klar machen müsse, daß zwischen der Fortsetzung des Krieges und der Unterwerfung unter Deutschland zu wählen haben, und daß ein Krieg unmöglich sei, wenn sie mit ihrer jetzigen Agitation unter den Soldaten fortfahren und das Volk auffordern, nicht auf die Kriegsanleihe zu zeichnen.

Bildung einer demokratisch-republikanischen Partei.

W. B. Bern, 26. März. „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, augenblicklich sei eine republikanisch-demokratische Partei in Bildung begriffen. Sie werde die Regierungspartei ihre Kräfte zur Vorbereitung der Wahlen für die konstituierende Versammlung gruppieren, das Studium der sozialen Fragen bis nach den Wahlen verschieben und augenblicklich nur eine politische Tätigkeit ausüben. Sie werde in der gegenwärtigen verwirrten Lage Rußlands eine bedeutende Rolle spielen und ein Gegengewicht zu den sehr rührigen extremen Parteien bilden, sowie ein eigenes Blatt „Die Republik“ herausgeben.

Weniger Mütter melden aus Petersburg, ein Sonderauschuß unter der Aufsicht Kerenskijs werde die Dokumente aus den Hoffreien genau untersuchen. Die Erklärung des Zentralausschusses der Kadetten- und Duma-Mitglieder zusammen einer demokratischen Republik habe großes Aufsehen hervorgerufen. Es bilde sich bereits ein Gegengewicht gegen die zu weit gehenden Bestrebungen der anarcho-revolutionären Section. Die Regierung beabsichtige ein Centralmonopol einzuführen. Kerenski bereite ein Gesetz vor, das alle Rechtsgleichheiten von Klassen, Religionen und Nationalitäten abschaffen soll.

Mikolows Kriegsziele.

W. B. Bern, 27. März. (Nicht amtlich.) Der russische Minister des Neußern erklärte einem Vertreter des Agentur Radio, die russische Revolution sei unternommen worden, um Rußland von den Fesseln zu befreien, die es bewegungsunfähig machten und auf dem Siegesweg zurückhielten. Er sagte: Jetzt wird Rußland seine Anstrengungen verdoppeln, um den Sieg zu erreichen. Ein deutscher Sieg wäre ein Sieg der Reaktion. Der Regierungswechsel habe die Wünsche Rußlands nicht geändert. Mehr als je wünsche es den Beiz Konstantinopels, das für die wirtschaftliche Freiheit Rußlands notwendig sei. Auch wolle Rußland die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten Oesterreichs-Ungarns; auch Belgien, Serbien und Rumänien werden größer als in der Vergangenheit aufstehen. Wir wollen ein festorganisiertes Südslawentum und um Serbien eine unüberwindliche Barriere errichten gegen den deutschen Ehrgeiz auf dem Balkan.

Er war heute so weich gestimmt, daß er zum erstenmal in seinem Leben irrs an sich selber wurde.

Wenn sie nun doch den Galadion, den Schuldenmacher liebt! Wenn der Leichtfuß sich ändern könnte — wenn — wenn Er schüttelte die rührselige Stimmung mit Gewalt ab.

„Nur kein Watschlappen werden,“ ruffte er sich auf. „Neta Watschlappen, der seine Meinung wie einen Rock wechselt. Wie sie ihn portout — gut — da werde ich meine Bedingungen stellen. Garte, schwere Bedingungen. Und er soll sie erfüllen, um meiner Tochter willen.“

So weit war er also schon, daß er mit sich handelte ließ, stand er sich mit Befriedigung. Dann kam es wie Trost über ihn. Nun gut, er war so weit. Das kind seiner unverschämten Annemarie hatte ein Anrecht auf Glück. Allein mit Vorbehalt.

Sie trafen alle ein, die Geladenen. Junge, hübsche, geschnittene Menschenkinder beiderlei Geschlechts. In Gruppen kamen sie, in Automobilen, in Mietfuhrwerken, auch zu Fuß. Es war ein heiteres, belebtes Bild, das sich in den Mauern der Butterschönchen Villa abspielte.

Wie alljährlich, so blühte auch heute der erste Mann mit Vergnügen dem munteren Treiben der Lebensfrohen, jungen Welt zu. Und doch lag ein unruhiges Ferkeln in seinen Augen. Diese lachten immer wieder unter dem bunten Getriebe des Deutschen Gesellschaftspaar.

Er hatte sie ja des öfteren gesehen, doch waren sie für ihn Fremde gewesen. Und nicht nur das, nein, er hatte eigentlich Feinde in ihnen gewittert. Das habe ihn mit Vorurteil erfüllt. Auch heute war das Vorurteil keineswegs gewichen, denn es gründete sich ja nicht nur auf Einbildung. Hatte er doch gar mancherlei über den Leutnant erfahren und was er erfahren, war nicht zu dessen Gunsten ausgefallen.

Bei diesem scharfen Beobachten kam es ihm zum ersten Male zum Bewußtsein, daß ein schönes, erntes Mädchen, Adeline von Emden war. Wie harmonisch und maßvoll war alles an ihr! Nichts Gemächtes, nichts Ermitteltes, nichts Affektuelles. Sympathisch beruhigende Sinnigkeit; ja, es haßte ihrer Persönlichkeit geradezu etwas Sobersichtvolles, Respektverwehendes an. — Er wurde warm ums Herz.

(Fortsetzung folgt.)

Die Reformen in der Armee.

Amsterdam, 26. März. (Nicht amtlich.) Die Times meldet aus Petersburg vom 22. März über die Reformen, die in den russischen Armeen eingeführt werden sollen.

Großfürst Nikolai in der Falle.

Berlin, 27. März. Zur Amtsenthebung des Großfürsten Nikolai erklärt die „Vossische Zeitung“, es sei zweifellos, daß die neue Regierung entschlossen gewesen sei, den Oberbefehl der Großenfürsten zu übergeben.

Rücktritt des General Ewertz.

Berlin, 27. März. Nach Meldungen aus Ausland berichtet der „Berliner Lokalanzeiger“, daß General Ewertz, der Kommandierende der Westfront, der provisorischen Regierung seine Entlassung eingereicht habe.

Die Arbeiter- und Soldatenausschüsse.

Paris, 26. März. (Nicht amtlich.) Der Temps meldet aus Petersburg, die Arbeiter- und Soldatenausschüsse schreiten fort, die Handlungen der Regierung zu behindern.

Journal du Peuple meldet aus Petersburg, daß die Delegierten der gemischten Ausschüsse und besonders die Revolutionskommissionen verlangen, daß gegen den Zaren und seine Familie Anklage erhoben wird.

Guttschow an die Times.

Amsterdam, 26. März. (Nicht amtlich.) Der russische Kriegsminister Guttschow hat im Namen der provisorischen Regierung folgendes Telegramm an die Times gerichtet.

Die englische Schule.

Berlin, 2. März. Wie das V. L. aus Genf erzählt, berichtet der „Matin“, der neue russische Handelsminister beschleunige die Anfertigung der dem englischen Mutter nachgeordneten schwarzen Listen der Geschäftsbauer.

Englische Eisenbahnbeamte in Rußland.

Kopenhagen, 26. März. (Nicht amtlich.) „National Tidende“ meldet aus Bergen: Hier sind 20 höhere englische Eisenbahnbeamte auf der Reise nach Rußland einetroffen.

Sehr richtig!

Berlin, 27. März. Die „Germania“ schreibt, man müsse ganz entschieden den Versuch unterlassen, der immer wieder aus den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie herausgemacht werde, die deutsche Regierung zu veranlassen, den neuen Männern in Rußland ein Friedensangebot zu machen.

Die Einheit der Entente.

London, 26. März. Meldung des Reuterschen Bureaus. Der französische Ministerpräsident hat dem Korrespondenten der Times erklärt, das erste Erfordernis, wenn es jetzt der Fall, zwei große verbündete Armeen auf dem Gebiet eines der beiden Völker kämpfen, sei, daß ein enger Zusammenhang zwischen ihnen bestehe.

Der schreckliche Gedanke an Saarburg und Lannenberg.

Oberst A. sucht im „Gaulois“ die über das langsame Nachrücken ungeduldigen Franzosen zu beruhigen. Dem stets wachsamem französischen Generalstab erscheint der deutsche Rückzug nicht unbedenklich.

hoffen. Ein veraltet, jetzt sich die Deutschen in vorher ausgehauenen Stellungen fest und brauchen dann den Angriff. Die Angreifer mußten aber unter der Wucht der Gegenangriffe weichen.

Zeichnet

die sechste Kriegsleihe und wißt:

- Daß unser unerschöpfliches Nationalvermögen Euer Darlehen an den Staat vielfach sichert;
Daß der hohe Zinssatz vom Reich vor dem Jahre 1924 nicht herabgesetzt werden kann und darf;
Daß der Inhaber dann Zurückzahlung zum vollen Nennwert verlangen kann;
Daß jeder Zeichner durch Verkauf oder Bezeichnung, wann und wo er will, über das angelegte Geld ganz oder teilweise wieder verfügen kann;
Daß jede Zeichnungsstelle verpflichtet ist, über die Höhe der einzelnen Zeichnungen Stillschweigen zu bewahren;
Daß auch der zeichnen kann, der kein bares Geld hat, weil ihm die Darlehensklassen andere Werte zu günstigem Zinssfuß beliehen;
Daß ein günstiges Anleihe-Ergebnis unsern Feinden endgültig die Hoffnung rauben muß, uns niederzwingen zu können.

Gebt unsern Feinden die Quittung für das abgelehnte Friedensangebot!

Zeichnet mit allem, was Ihr aufbringen könnt, Kriegsleihe!

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats der Reichsjustizverwaltung.

Abg. Stadthagen (Soz. V. G.):

Der Titel der Novelle scheint schlecht gewählt zu sein. Hat etwa der seit fast einem Jahrzehnt schwebende Fall Eulenburg den Anlaß zu ihr gegeben? — Redner geht weiter auf die Reichsgerichtsverhandlung gegen die beiden sozialdemokratischen Redakteure Eichhorn und Basse, sowie auf ihre Schwerebestrafung ein und sagt, von einem Staatssekretär, der so etwas duldet, könne man keine Förderung der Rechtspflege erwarten.

Abg. Bruhn (D. Fr.):

Die Verurteilungen in den Bucher- und Schieberprozessen spotten aller Befriedigung. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den erzielten Budgetgewinnen. Der Krieg hat gezeigt, daß wir mit unserer Rechtsprechung auf dem richtigen Wege sind. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Auf dem Holzwege!) Auch aus diesen Reihen (zu den Sozialdemokraten) ist mir gesagt worden, daß man erst Jude werden muß, um Kriegslieferant zu werden.

Staatssekretär Dr. Hies:

tritt den Ausführungen des Abg. Stadthagen über das Verhalten des Oberreichsanwalts entgegen.

Abg. Landberg (Soz.):

Die antirechtlichen Leistungen des Abg. Bruhn waren das Herzlose, was ich je gehört habe, gerade in dieser Zeit, in der Deutsche aller Konfessionen auf den Schlachtfeldern blühen. Der Redner ist eine interkonfessionelle Erscheinung. Ich parlamentarisiere aber nur mit Menschen, die den Willen zur Wahrheit haben. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.)

Landberg (fort.):

Bei der Unmenge von Bezorungen ist es verständlich, daß die Zahl der Strafprozesse wieder zunimmt. Das Strafgericht soll man aber nicht durch Verminderung der Zahl der Geschworenen verhandeln.

Abg. Bruhn (D. Fr.):

Ich habe ausdrücklich bedauert, daß gerade jetzt, wo so viele draußen ihre Schuldigkeit tun, so mancher hier seine Taschen füllt.

Abg. Wlach (F. Vp.):

Die Reichsanwälte arbeiten mit einer veralteten Gebührenordnung und leiden vielfach Not. Bücher wird keineswegs einseitig nur von Juden getrieben.

Demit schließt die Aussprache.

Der Etat des Reichsjustizamts wird angenommen, sowie sämtliche dazu gestellten Resolutionen.

Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamts.

Von fortgeschrittenen Seite ist eine Resolution beantragt auf schleunige Fortsetzung einer Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Wirkung einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens unter Einbeziehung des Binnenwasserstraßenwesens, sowie Einberufung einer Sachkommission.

Abg. Pfeiffer (D. Fr.):

Die vom Geheimrat Kirchhoff herausgerechnete Milliarde Uebertrag bei einer Betriebsreform der Eisenbahnen wirkt wie die Entbedung eines verborgenen Schatzes. Seine Vorschläge sind freilich schon erschöpfend widerlegt worden. Zur Vereinheitlichung auf Grund von Verträgen und Abmachungen ist Bayern gerne bereit; was aber darüber hinausgeht, findet entschiedenen Widerstand. In erster Linie haben die Eisenbahnen volkswirtschaftliche und nicht fiskalische Interessen zu verfolgen. Beide Interessen gleichzeitig von einer Zentral-

stelle aus bezweifeln zu lassen, ist ein Unbegriff. Man hätte sich dabei, die Sonderrechte Bayerns aufzuheben. Bayern hat dem Einheitsbahnen für die Eisenbahnen ein kategorisches Nein entgegengekehrt, und wenn die Eisenbahnfinanzien im Krieg gestiegen haben, so überläßt man es Bayern, sie wieder in Ordnung zu bringen. Wir lehnen die Resolution ab. (Bravo! im Besten.)

Abg. Keil (Soz.):

Die Erfahrungen des Krieges haben den Gedanken auf Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens gestärkt. Die Eisenbahnen dürften nicht zu fiskalischen Zwecken ausgenutzt werden, und doch zieht Preußen seit Jahr und Tag daraus mehr als 800 Millionen jährlichen Reingewinn für allgemeine staatliche Zwecke. Die kirchlichen Vorrechte wollen dem Staat diese Einnahmen keineswegs entziehen, sie wollen den Betrieb nur intensiver gestalten. Die Zustände, welche zwischen den einzelstaatlichen Eisenbahnen herrschen, sind des einigen Deutschen Reiches nicht würdig. Zu den Hauptaufgaben des Reichseisenbahnamts gehört auch die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens. Mit Einigung einer Sachkommission wollen wir keineswegs Bayern seinen finanziellen Rückgang bereuben, sondern nur einen bescheiden Gedanken-austausch herbeiführen. Es handelt sich um einen großzügigen Fortschritt im Eisenbahnwesen. Dann kann man auch gestraft ein formales Recht zum Opfer bringen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (F. Vp.):

Wir sind voll Bewunderung der Leistungen aller Eisenbahnen. Unser Antrag enthält keinerlei Mißtrauen gegen die Beamten und Verwaltungen. Wir wollen lediglich die ganze Materie aus dem Streik der Parteien herausnehmen und die Vereinheitlichung der Eisenbahnen offen und sachverständig behandeln. Außer Geheimrat Kirchhoff vertreten viele hervorragende Eisenbahnfachleute die Idee der Vereinheitlichung. Niemand denkt daran, Bayern seine Eisenbahnen mit Gewalt zu nehmen, oder ohne seine Zustimmung seine Sonderrechte zu beseitigen. Aber einerseits großzügige Eisenbahnpolitik und andererseits engherziger Partikularismus, das ist nicht denkbar. (Sehr richtig!) Jetzt ist die beste Zeit, den ersten Schritt zur Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens zu tun.

Abg. Schlie (Soz.):

Gerade der gegenwärtige Moment erscheint mir als der denkbar ungeeignetste auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens. Der Eisenbahnminister hat eine Denkschrift in Aussicht gestellt. Das kann uns genügen. Jetzt im Krieg sollen wir an den Zuständen nicht rütteln. Gegen den Grundgedanken der Resolution haben wir nichts einzuwenden, aber die Einsetzung einer Sachkommission als ersten Schritt zur Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens machen wir nicht mit. Die einzelstaatlichen Eisenbahnen haben sich im Krieg ausgezeichnet bewährt.

Präsident des Reichseisenbahnamts Roderapp:

Die Durchführung der Reichseisenbahnen könnte nur unter Zustimmung der einzelnen Bundesstaaten geschehen. Diese Lehren es aber entschieden ab. Das ist durchaus begründet, daß sie ihre finanzielle Selbständigkeit behaupten wollen. Würde die Einführung ohne die vorbehaltslose Zustimmung der Einzelstaaten erzwungen, so würde die Durchführung auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, daß durch die Vereinheitlichung Hunderte von Millionen erspart würden. Auch Kirchhoff erwartet dies nicht durch die Vereinheitlichung im Vergleich mit anderen Maßnahmen, die auch ohne die Vereinheitlichung durchgeführt werden können. Wir sind in der Vereinheitlichung im Verwaltungsbereich und Betriebesbetrieb so weit gekommen, daß durch Schaffung von Reichseisenbahnen kaum noch mehr erreicht werden kann.

Abg. Stürwe (Soz.):

Wir können die Vereinheitlichung der Bahnen nicht der Initiative der Bundesstaaten überlassen. Wenn die Angelegenheit undurchführbar ist, so verstehe ich nicht das große Geheimnis, das man gegen den fortschrittlichen Antrag und die kirchlichen Pläne aufschließt. Ich stimme dem Antrag in beiden Teilen zu. Die Denkschrift kommt nicht so schnell. Während des Krieges ist die Vereinheitlichung nicht zu erwarten.

Abg. Feiler von Camp (D. Fr.):

Die gewaltigen Erfolge der Eisenbahnen können alle Kritiker befeuern. Die Fortschritte in der Vereinheitlichung der Bahnen zeigen sich auch in den zahlreichen durchgehenden Zügen von München nach Berlin. Die kirchlichen Vorschläge lassen nach den Ausführungen des Ministers in der Kommission eher einen Verlust, als den angekündigten großen finanziellen Erfolg erwarten.

Abg. Haegy (Soz.):

Es ist zugegeben, daß die Tarifpolitik in der Hauptsache nach finanziellen Gesichtspunkten getrieben wird. Die Bundesstaaten und der Bundestrat werden der Vereinheitlichung der Eisenbahnen nicht zustimmen.

Abg. Raubert (Soz.):

bringt Wünsche hinsichtlich der Besoldung und Gewährnung von Teuerungszulagen für Eisenbahnbeamte vor. Damit schließt die Aussprache. Heber die fortgeschrittene Resolution wird Dienstag nachmittags 4 Uhr abgefaßt.

Der Etat des Reichseisenbahnamts wird bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Reichsjustizamts.

Hierzu liegt eine Resolution Prinz Schönaich-Carolath (nat.) auf Erhöhung der Veteranenbeihilfen durch eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln vor. Außerdem beantragen Vertreter der bürgerlichen Parteien die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der verbietet, daß Barzahlung auf dem Konto der Veteranen besonders in Rechnung zu stellen, und wegen des bei der Weiterveräußerung zu berechnenden Zinses einen besonderen Preisabzug zu machen.

Abg. Prinz Schönaich (nat.):

empfiehlt seine Resolution. Auch auf die Kämpfer der Front werde es günstig wirken, wenn für die alten Veteranen gesorgt werde.

Eine weitere Aussprache erfolgt nicht. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Darauf wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Anfragen, Steuerordnungen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, 23. März. Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte bei der Beratung der Schußhaftfragen der Kriegsminister, die Verhaftungen von Personen würden von den Militärbehörden nicht großartig vorgenommen, sondern wenn der Verdacht bestehe, daß sie durch ihre Handlungen die Sicherheit des Landes gefährdeten. Der Reichsjustizminister erklärte, daß die Verhaftungen erst nach der Verhaftung ausgenommen. Es sei angeordnet, daß die Truppenbefehlshaber die Verhafteten den zuständigen Militärbehörden zu übergeben hätten, damit dann in aller Ruhe die Fälle entsprechend dem Schußhaftgesetz untersucht und behandelt würden. Staatssekretär Helfferich führte im Laufe der Debatte u. a. aus, daß Mißgriffe vorgekommen seien, sei von niemand bestritten worden. Die Reichsleitung, er, wie der Kriegsminister, seien entschlossen, ihr Möglichstes zu tun, um Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grunde hätten auch die verbündeten Regierungen dem Schußhaftgesetz trotz mancher Bedenken ihre Zustimmung gegeben. Zahlreiche Fälle würden dadurch bereits aus der Welt geschafft, die anderen würden mit Beschleunigung geprüft. In der Ausführung des Gesetzes vom Dezember 1916 über die Schußhaft im Belagerungsstand bestche in dem Operations- und Campengebiet die Schwierigkeit, die Maßnahmen abzugrenzen, die unter das eigentliche Kriegsrecht und unter das Recht des Belagerungslandes fallen. Der Erlaß des Kriegsministers vom 23. Januar schaffe hier eine Grundlage.

Der Staatssekretär des Innern kam dann in Verantwortung der Ausführungen Dr. Spaas auf die Straßburger Rektorswahl zurück. Unter ausführlicher Darstellung des Falles stellte er fest, daß konfessionelle Differenzen nicht im Betracht kämen. Er wiederholte sein Bedauern darüber, daß die auf ein Mitglied der evangelisch-theologischen Fakultät gefallen. Der obsoleten konfessioneller Differenzen erweckt habe. Der alio-lobtrugischen Regierung stehe ein bestimmter Entschluß auf die Rektorswahl angeichts der Selbstverwaltung der Universität nicht zu.

Aus dem Reich.

Eine Kundgebung zur Bekämpfung auf die 6. Kriegsanleihe.

Am Sonntag fand in Berlin im Circus Busch eine von mehreren tausend Personen besuchte vaterländische Kundgebung zur Bekämpfung auf die 6. Kriegsanleihe statt, der auch der Reichskanzler beizuwohnte. Die Reden eines etwa tausendköpfigen vierstimmigen Sängerkorps, abwechselnd mit Vorträgen eines Klavierkorps und Gesängen der ganzen Versammlung, rahmten wirkungsvolle Ansprachen des Oberbürgermeisters Vermuth und des preussischen Finanzministers Dr. Venzke ein, von denen der erstere die Notwendigkeit betonte, daß wir kämpfen und zum Kampfe helfen, alles geben, damit wir alles, ja mehr als alles wieder erhalten, während der Finanzminister es als eine Schuld der Dabein-gebliebenen an den tapferen Kämpfern im Schützengraben bezeichnete, die Mittel bis zur siegreichen Mederringung des Feindes zu geben. Er zerstreute herrschende Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Anlage von kleinen Kapitalien in Kriegsanleihe. Der sicherste Schuldner, den es gebe, sei das Deutsche Reich. Es denke nicht daran, den Zinsfuß der Kriegsanleihe vor 1924 herabzusetzen oder gar die Geldgeber, die in der Not geholfen haben, durch eine besondere Besteuerung der Kriegsanleihe zu bestrafen. Welmehr könne in Betracht, die weniger scharf zur Steuer heranzuziehen, die dem Reiche nichts gegeben haben. — Mit einer begeisterten Guldigung für die tapferen Kämpfer im Felde und zur See fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Die jüngsten Nationalliberalen zur Politik des Reichskanzlers.

In einer Versammlung des Nationalliberalen Reichsbereichs zu Dresden, in der der Landesvorstand der jüngsten Nationalliberalen Partei und zahlreiche Landtagsabgeordnete anwesend waren, sprach man sich gegen die Freiberger aus, die auf die Befestigung des Reichskanzlers gerichtet sind. Universitätsprofessor Vandenburg, der Vorsitzende des Nationalliberalen Reichsbereichs, warnte davor, sich von dem Unabhängigen Ausschuss ganz juristisch zu lassen, damit dessen Ortsausschüsse nicht lediglich Kritiker der Alldeutschen und Konfessionen würden. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, die Nationalliberalen Partei wolle nicht nur einen starken Frieden, sondern auch die innere Erstarzung Deutschlands. Dazu scheine der Reichskanzler der richtige Mann. Wer als Anhänger einer Neuorientierung nach den Vorgängen im preussischen Herrenhaus und im Abgeordnetenhaus noch den Reichskanzler befehle, sei blind.

Kanalfragen.

Die Kammer der bayerischen Reichsräte stimmt dem Gesetzentwurf der Regierung, der die erforderlichen Mittel zur Ausarbeitung eines Entwurfs für die Herstellung einer Großschiffahrtsstraße Aachenburg - Passau verlangt, mit allen gegen eine Stimme zu.

Die chinesischen Studenten.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich in ihrem 2. Morgenblatt vom 25. März 1917 aus Berlin telegraphieren: Die chinesischen Studenten seien neuerdings den hiesigen Lehranstalten ferngeblieben; das sei „recht bedauerlich“, ein Grund hierfür liege nicht vor. Man wisse bei uns, daß das chinesische Volk mit den Maßnahmen seiner Regierung nichts zu tun habe, und daß die Chinesen die „in der schweren Kriegszeit bei uns ausgehalten (N) haben“, dies wegen der Vorzüge unserer Lehranstalten getan hätten, und daß „uns chinesische Gäste“ zur Aufklärung ihres Landes berufen seien. „Die Chinesen brauchen deshalb keine Scheu zu zeigen und mögen ihrer gewohnten Züchtigkeit nachgehen wie bisher.“ Die Chinesen seien anders geartet wie die Japaner. Das ein chinesischer Student promiert, ist „ein lächerlicher Verdacht“. Das die Chinesen das hier Erlernete „später gegen uns ausnützen, ist eine völlige Verneinung der Tatsachen“; sie seien nach ihrer Rückkehr unsere besten Werkzeuge.

Das geht denn doch über die Gattung, und man wäre diesen halbaffinigen Welt gegenüber fast verführt zu rufen: „Wo bleibt denn da der Fensor?“ Denn daß eine solche unbedingte Nachsicht unserer Reichsregierung erwünscht wäre, wollen wir denn doch nicht annehmen. Mag die ungebildete Masse des chinesischen Volkes immerhin von der Politik seiner Regierung nichts verstehen; aber mit ganz überweltlicher Weisheit, wenn nicht gar Genialität, hat die chinesische Politikverteilung dem deutschen Volk, das sich vor feindlicher Verführung gegen China frei weiß, förmlich Zuhilfenahme der deutsche Gerichte hat binnen 48 Stunden das gastliche Land zu verlassen gehabt. Und nun gar: Die Annahme, chinesischer Spionage sei ein „lächerlicher Verdacht“! Hat man so nicht auch früher gegen Japan gedacht? Sollen die schuldigen Chinesen weniger schuldig sein als ihre rassistisch-orientierten Japaner? Haben jene das Gegenteil nicht bereits bewiesen? Daß die „Frankfurter Zeitung“, die bis zum 4. August 1914 sich im Einzelnen nicht genug tun konnte, sich nun auf einmal im alldeutschen Fohrwasser begibt, verlannt niemand, wohl aber, daß ein der Regierung nahe stehendes Blatt deutsche Würde wahrt.

Aus dem Großherzogtum.

Karlsruhe, 27. März. Im Jahre 1916 sind in Baden im ganzen 8092 Straffälle in Bezug auf die Landesstrafen, Zölle, Reichssteuer, Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote anhängig geworden gegen 8982 im Vorjahr, also 890 Straffälle weniger. Der Gesamtbetrag der Strafzahlungen und Ordnungsgeldstrafen bei der Einkommens-, Vermögens-, Warendensteuer, Wein-, Bier- und Fleischsteuer beläuft sich auf 305 924 M.

Heberlingen, 27. März. Ein fährlicher Knabe einer hiesigen Familie zündete in Gegenwart der Mutter Feuer an und goß Erdöl hinzu. Die Defkanne explodierte, wobei ein jähriges Kind und der Knabe schwere Brandverletzungen erlitten.

Vaterländische Versammlungen.

Altheim, 26. März. Am gestrigen Sonntagabend fand im Gasthaus zum Waldhorn eine überaus zahlreich besuchte vaterländische Volksfeier statt, die einen sehr schönen und erhebenden Verlauf nahm. Nach herzlichem Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Stadtv. Erb von Altheim, hielt Herr Landgerichtsrat Stritt von Karlsruhe einen äußerst interessanten Vortrag über die heutige Lage. In erspöcklicher, kerniger Klarheit und feinsinniger Weise entwarf der gewandte Redner ein eindringliches Bild über die Kriegs- und Wirtschaftslage der vaterländischen Deutschlands und seiner Feinde. Seinen Ausführungen folgte die Zustimmung mit gespanntester Aufmerksamkeit. Mehrere Redner legten dem geschätzten Redner. Hierauf führte Herr Landgerichtsrat Stritt einen Vortrag mit nachdenklichen, erhellenden Worten eine große Zahl wunderbarer Lichtbilder aus den Kämpfen an der West- und Ostfront und auf dem Meere vor, die Zeugnis ablegen von dem Heldentum unserer tapferen Soldaten

zu gleichen Opferjahren in der Heimat ermuntern. Auch diese Darstellungen wurden mit großem Beifall belohnt. Verschieden wurde die Feier durch Vorträge des Kirchenchors und des Männergesangsvereins, die unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Brülle von Altheim recht schön und wirkungsvoll zu Gehör gebracht wurden. Mit Worten des Dankes an alle Mitwirkenden schloß der Herr Vorsitzende die schöne und wohlgelungene Feier.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 27. März 1917.

Na. Lebensmittelversorgung. Nach Berliner amtlichen Meldungen sollen, wie schon mitgeteilt, in der Lebensmittelversorgung wichtige Veränderungen bevorstehen, indem die Brotmengen herabgesetzt, die Kartoffel- und Fleischrationen dagegen erhöht werden sollen. Um Brotmengen vorzubehalten, sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese bedeutenden Veränderungen bis jetzt nur in Aussicht genommen sind, also in allerhöchster Zeit noch nicht praktisch durchgeführt werden können. Bis zum endgültigen Inkrafttreten der neuen Bestimmungen, die wohl in den Einzelheiten noch Änderungen erfahren dürften, behalten auch in Karlsruhe die bisherigen Bestimmungen über den Verbrauch von Mehl, Brot, Kartoffeln und Fleisch ihre volle Gültigkeit. Insbesondere muß auf das entscheidendste gewarnt werden vor einem Wuchererbrauch der Kartoffeln. Nach wie vor muß es für jeden Pflicht sein, nicht mehr als ein halbes Pfund pro Kopf und Tag der vorräthigen Kartoffelmengen zu verbrauchen, umfomehr als die Feststellungen über die noch vorhandenen Kartoffelvorräte noch nicht abgeschlossen sind und die in Aussicht gestellte vermehrte Kartoffellieferung bis jetzt noch nicht bestimmt gewährleistet werden kann. Was die Verfügung der Brotmengen anbelangt, so muß leider gesagt werden, daß mit dieser Maßnahme stark gerechnet werden muß. Aber auch hier bleibt es aber wenigstens für die nächsten Wochen — noch bei den bis her ausgegebenen Rationen von täglich 200 Gramm für den Kopf. In einer Beurlaubung in dieser Frage ist also vorläufig so wenig Anlaß wie zu allzugenossen Hoffnungen auf eine Erhöhung der Fleisch- und Kartoffelrationen.

— Versorgung der Kranken mit Dachwerk. Das Ministerium des Innern hat Richtlinien für die Bewilligung von Wasserwerk, Zwieback und Auszugsmehl an Kranke festgesetzt. Nach diesen Richtlinien werden Wasserwerk und Zwieback, welche aus 80%igem vorgepresstem Weizenmehl hergestellt sind, sowie Auszugsmehl zur Speisezubereitung an Personen gewährt, welche an schweren chronischen Magen- und Darmkrankungen leiden, ferner an Genesende nach Typhus und Ruhr und an Wöchnerinnen in den ersten zehn Tagen nach der Niederkunft. Für die Kranken ist ein tägliches Gewicht vorzugeben, für die Wöchnerinnen genügt das Feingut der Gebärmutter, welches den Tag der Niederkunft bestimmt. Die Zubereitung von Wasserwerk, Zwieback und Auszugsmehl geschieht gegen entsprechende Prot- und Weismarken. Diese Richtlinien des Ministeriums finden keine Anwendung auf die aus Zwiebackfabriken hergestellten Erzeugnisse, soweit sie aus Getreide oder Mehl bereitet werden, das den Fabriken von der Reichsgetreidekasse geliefert wird.

Na. Ein Karlsruher auf der „Möbe“. Aus Anlaß der alljährlichen Heimkehr der „Möbe“ von der zweiten erkrankten Kaperfahrt in feindlichen Gewässern hat der Oberbürgermeister dem zur Befragung des Schiffes gehörigen Kommandant zur See Köhler, der aus Karlsruhe stammt und auch die erste Fahrt der „Möbe“ mitgemacht hat, einen herzlich willkommenen Gruß geschickt. Auf diesen Gruß ist heute ein Danktelegramm eingelaufen, aus dem zu ersehen ist, daß Herr Köhler auch von der zweiten Fahrt fröhlich und gesund zurückgekommen ist.

— Sommerzeit und Schulbeginn. Das Unterrichtsministerium erklärt eben eine Bekanntmachung, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Maßnahmen, welche sich aus der Sommerzeit 1916 für die Schulen ergeben, in diesem Jahr behoben oder auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt werden müssen. Für den Unterricht der Volksschulen auf dem Lande empfiehlt das Ministerium, daß damit nach der Sommerzeit nicht früher begonnen werden soll, als dies vor dem Krieg im Sommer üblich war, somit in der Zeit vom 15. April bis 15. September nach der Uhrzeit eine Stunde später als im Sommer 1915. Dadurch würde verhindert werden, daß den Schülern, die infolge des späteren Eintritts der abendlichen Dunkelheit später zu Bett kommen, die Anwesenheit, wie es im letzten Jahr beobachtet wurde, zu sehr verfrüht wird. Auch in solchen Fällen, wo die Kinder zur gewohnten Uhrzeit aus der Schule, sei es zum Effentragen oder zum Viehhüten zurück erwartet werden, werde ein Ausweg oder doch wenigstens ein billiger Ausweg gefunden werden können. In allen Fällen, so bestimmt das Unterrichtsministerium, ist bei Festsetzung des Unterrichtsbeginns darauf Rücksicht zu nehmen, daß, wo zuvor Gottesdienst für die Schüler stattfand, dieser nicht zu früh abgehalten werden muß. Für den Beginn des Nachmittagsunterrichts ist zu beachten, daß die zweistündige Pause möglichst wach bleibt. In den Städten der Städteordnung werde die Einführung der Sommerzeit an sich auf weniger Schwerepunkten ruhen und für die höheren Lehranstalten liegen kein Bedürfnis vor, von der Ermächtigung der Schulordnung, wonach der Unterrichtsbeginn vom 1. Mai an auf 7 Uhr vor mittags verlegt werden kann, Gebrauch zu machen, sofern nicht eine solche Maßnahme wegen der Zugverbindungen durch die Rücksichtnahme auf die auswärtigen Schüler angezeigt erscheint.

— Dörren von Zwiebeln in Privathaushaltungen. Die bei der Bereitung der Speise so mannigfaltige Verwendung findenden Zwiebeln beginnen sehr bald zu keimen, werden weich und dadurch mindertwertig oder gehen in Gärnis über und sind dann für die menschliche Ernährung vollständig verloren. Durch das Dörren der Zwiebel kann dieselbe für unbegrenzte Zeit brauchbar erhalten werden, sie leidet dadurch weder im Geruch und Geschmack, noch ihrer Verwendbarkeit überhaupt. Jede Haushaltung kann Zwiebeln ohne Schwierigkeiten selbst dörren. Die ausgetrockneten Zwiebeln werden nach dem Entfernen der Schale in dünne, etwa 2 Millimeter dicke Scheiben zerhackt, auf einer Papier- oder anderen sauberen Unterlage ausgebreitet auf den Herd, die Heizkörper, Heizkessel, die Wärmeflächen der Ofen oder in Bad- und Toiletten abgelegt, deren Türen nicht ganz geschlossen werden dürfen. Je nach der verfügbaren Wärme währt das Trocknen etwa 12 Stunden. Geschicht die Trocknung zu schnell oder bei zu großer Hitze, tritt eine Bräunung der Zwiebeln ein. Bei den anaesthetischen Verlusten haben 500 Gramm geschälte Zwiebeln durchschnittlich 60 Gramm gleich 12 Prozent schone, trockene Scheiben ergeben, die in ihrer Verwendbarkeit in keiner Weise frischen Zwiebeln nachstehen. Auch selbst getrocknete Zwiebeln — soweit diese vor dem Verrotten gelund waren — lassen sich durch Trocknen vor dem Verderben retten und der menschlichen Ernährung einwandfrei nutzbar erhalten. Die Aufzubereitung getrockneter Zwiebeln kann unbeschadet der Haltbarkeit und Eigenschaften in Papierbeuteln oder abkühlenden Gefäßen jeder Art geschehen. Jeder Haushaltung ist das Trocknen der Zwiebeln für den eigenen Bedarf in möglichst weitem Umfang dringend zu empfehlen.

— Bekämpfung des Unkrauts durch die Schulungen. Das Unterrichtsministerium hat mit dem Ministerium des Innern bestimmte Maßnahmen vereinbart, nach welchen die Schulungen in weitestgehender Weise zur Ausbeseitigung des Unkrauts herangezogen werden soll. Für diese Arbeit hat das Ministerium des Innern besondere Richtlinien aufgestellt, nach welchen in erster Linie das Ausstechen und Auskraufen der Unkräuter ins Auge

zu fassen ist. Eigentliche Sadaarbeit soll besonders bei Kartoffeln durch die älteren Schulkinder erfolgen. Eine Entlohnung der Schüler und des Aufsichtspersonals ist nicht vorgesehen. Die Gewährung einer Vergütung bleibt der Gemeinde überlassen.

— Stimmungen in der Schweiz. Am Mittwoch den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, spricht Herr Professor Dr. Kraemer-Göbenheim auf Benennung der Süddeutschen Nachrichtenstelle für die Neutralen, unter dem Schutze des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz im großen Rathhaussaal über Stimmungen in der Schweiz. Herr Professor Dr. Kraemer-Göbenheim sucht zunächst ein Verständnis anzubahnen für die Stimmungen, die in der Schweiz während des Krieges angestrebt sind. Er spricht unter anderem über die schweizerische Neutralität, über ihre Stellung zu Deutschland, Frankreich und England, über Frankreichs Nierenreklame und die Erfolge derselben, über die schifflose Hilfsbereitschaft der Schweiz, Artikel 11 und 50 des Bundesgesetzes vom 1. März 1914, Artikel 114 des Bundesgesetzes vom 1. März 1914 im Büro des Nachrichtenstellen für das neutrale Ausland, Jahrgang 98, zu haben.

Letzte Drahtberichte.

Kriegsauszeichnungen.

Berlin, 26. März. Der „Staatsanzeiger“ meldet die Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler an den Generalleutnant z. D. von Schubert, a la suite der Feldartilleriebesatzung.

Wien, 26. März. Der Kaiser hat dem Generalstabchef, General der Infanterie von Arz, das Großkreuz des Leopoldordens mit Kriegsdekoration und Schwertern tagzeit verliehen.

Prinz Friedrich Karl von Preußen in englischer Gefangenenschaft.

— Klein-Gicende bei Rotterdam, 26. März. Der König von Spanien hat an den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen telegraphiert: Ich erhalte soeben ein Telegramm aus Paris. Ich bedaure, Dir antworten zu müssen, daß Dein Sohn schwer verletzt wurde. Er erhielt eine Kugel in den Magen und muß heute morgen operiert werden. Ich bedaure sehr, Sophie, Marie und Dir keine bessere Nachricht geben zu können. Ich hoffe, daß Friedrich Karl schnell wieder hergestellt sein wird und sende meine herzlichsten Wünsche. — Nach einem über Schweden hier eingetroffenen Telegramm aus London, ist in dem Befinden des Prinzen Friedrich Karl eine leichte Besserung eingetreten.

Die englische Kriegsstimmung.

„Giornale d'Italia“ meldet aus London: Obgleich belanglose Minorität von der Möglichkeit eines endlosen Krieges spricht ist das englische Volk überzeugt, daß die Entscheidungsfurde jetzt geschlagen hat. Die Unternehmung über die Nordseeoperationen hat nicht nur zu einem Todesvotum für Churchill, Fisher und Kitchener, sondern zur Verurteilung des ganzen politisch-militärischen Systems geführt. Die liberale Parlamentspartei ist geschwächt und das Kabinett Lloyd Georges durch den Abfall der Freen schwer bedroht. Das Land ist infolge der beschränkten Einfuhr außerordentlich beunruhigt. Zur erstenmal fühlt England seit einigen Wochen die Nöte und Entbehrungen des Krieges am eigenen Leibe. Diese Volkstimmung läßt eine radikale politische Krise möglich erscheinen, die die bedeutendste seit 50 Jahren sein würde.

Die Kriegshilfe der Australier.

Wien, London, 26. März. Die Exchange-Telegraph-Compagny meldet aus Melbourne vom 25. März, die australische Arbeiterpartei habe ein Manifest für die im Mai abzuhaltenden Neuwahlen erlassen. Sie spreche sich darin gegen die militärische Dienstpflicht aus, verpflichte sich aber, durch freiwillige Rekrutierung die Dienste aller Männer, die bereit und physisch geeignet seien, nach der Front zu gehen, zu sichern. Die Arbeiter wollen die Alliierten dadurch unterstützen, daß sie die Produktion von Lebensmitteln und Materialien fördern. Die Arbeiterpartei verlangt eine sofortige Revision der Rölle, durch die die australische Industrie geschädigt werde.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Maschinenfabrik Geiger u. G. Durlach. In der 31. ordentlichen Generalversammlung, in welcher 1838 Aktien vertreten waren, wurden alle Entwürfe der Verwaltung genehmigt und die Dividende für das Jahr 1916 auf 9 Prozent festgesetzt.

— Bergheimer Kreditbank A. G. Bergheim. Im abgelaufenen Jahre wurde ein Reingewinn von 20 886 M (28 579 M) erzielt. Daraus sollen 17 382 M dem Aktienbesitzer übergeben und 10 000 M zu 4 Prozent Dividende verwendet werden.

Aus den Standsbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

23. März: Tom. Vorch Schülin, Chem., 66 J. — 24. März: Stef. Kraft, Maurer, Chemann, 69 J.; Joh. Schindler, Radermeister, Chemann, 61 J.; Karolina Lechner, 71 J., Witwe von Lorenz Lechner, Kaufmann; Karl, 1 J. 3 M. 11 T., R. Ernst, Wenzinger, Schuhmacher; Robert Fuchs, Schweinehirt, Chemann, 47 J.; Max Rebel, 56 J., Ehefrau von Ernst Rebel, Oberamtsrichter; Marie Gente, 29 J., Witwe von Gustav Gente, Sergeant; Valentin Regner, Heilerhauer, Chemann, 54 J. — 25. März: Emilie Hellhauer, 28 J., Ehefrau von Ferdinand Hellhauer, Küfer.

Gierverteilung.

Von Mittwoch, den 28. bis Samstag, den 31. März 1917 wird in den bekannten Geschäften an die eingetragene Kundchaft auf jede Giermarke Nr. 1 des Lebensmittelgesetzes vom 25. März bis 8. April 1917 1 G abzugeben, ebenso werden die mit dem Vermerk „Militär“ und „Besuch“ versehenen Giermarken Nr. 1 dieses Gesetzes, sowie sämtliche „Krankenzugmarken“ mit je 1 G eingelöst. Die Sammelmarken für Anstalten und Bittschaften vom 25. März bis 8. April werden mit 3 Gern für je 5 Personen eingelöst.

Alle mit dem Vermerk „Krankenzug“, „Militär“ und „Besuch“ versehenen Marken werden nur in den 3 folgenden Stellen zur Einlösung gebracht, nämlich in unseren beiden Verkaufsstellen Kriegskasse Nr. 80 und Douglasstraße Nr. 24 und in der Filiale Pjannka und Co., Rheinstraße Nr. 25.

Nach Ablauf der Verkaufszeit dürfen die noch vorhandenen Restbestände nicht mehr ohne unsere ausdrückliche Bewilligung abgegeben werden, sie verbleiben vielmehr zu unserer Verfügung. Spätestens Dienstag, 3. April haben die Geschäftsinhaber der Verkaufsstellen die eingekommenen Marken zu je 100 gebündelt abzugeben und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular, welches bei der Kartenstelle, Festhalle, zu bekommen ist, zu erteilen.

Die Geschäftsinhaber werden aufgefordert, die Abrechnung und Marken ablieferung pünktlich zu erledigen. Geschäfte, welche dieser Anordnung zuwiderhandeln, müßten in Zukunft als Verteilungstabelle gestrichen werden.

Karlsruhe, den 26. März 1917.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1916 hat eine wesentlich niedrigere Zahl der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung der Stadt Karlsruhe ergeben, als die Zahl, welche seither der Zuteilung von Lebensmitteln an die Stadt Karlsruhe zu Grunde gelegt war. Da die Reichsstellen nunmehr den einzelnen Kommunalverbänden nur noch nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer vom 1. Dezember 1916 Lebensmittel zuweisen, erhalten wir jetzt viel weniger Lebensmittel zugeteilt als bisher. Infolgedessen ist für uns die größte Sparsamkeit und Ausnützung der vorhandenen Vorräte notwendig.

Es muß alles geschehen, um die uns zur Verfügung stehenden Mengen in gerechter Verteilung den berechtigten Verbrauchern zuzuführen.

Jede Doppelversorgung muß vermieden werden.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt folgendes bekannt zu geben:

I.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß einzelne Haushaltungen mehr Lebensmittelhefte erhalten, als sie anzusprechen haben, gewöhnlich deswegen, weil es unterlassen wurde, Personen, die aus dem Haushalt durch **Wegzug, Einberufung zum Seeresdienst**, oder durch **Todesfall** ausgeschieden waren, abzumelden.

Wir haben die seither von unserem Kontrollbeamten festgestellten Verfehlungen möglichst nachsichtig behandelt, werden aber im Hinblick auf die oben geschilderten Umstände künftig jede Nachsicht fallen lassen.

Wer nach Kenntnis der heutigen Sachlage noch im Stande ist, sich auf Grund einer ihm nicht zustehenden Karte Lebensmittel zu verschaffen, bestiehlt die Allgemeinheit und muß der öffentlichen Verachtung preisgegeben werden.

Wir fordern deshalb sämtliche Haushaltungsvorstände und deren Vertreter auf, ihre Ausweis Karte sofort zu prüfen und etwaige Unrichtigkeiten umgehend, spätestens bis 8. April 1917, bei unserer Kartenstelle Festhalle anzuzeigen.

Lebensmittelhefte, Marken oder Karten sind nur für diejenigen Personen verwendbar, für die sie ausgegeben sind. Wer solche Karten oder Marken andern zur Ausnützung übergibt, macht sich strafbar.

Nach Verfluß des oben genannten Zeitpunktes werden wir jede festgestellte Doppelversorgung oder jeden Fall der unberechtigten Benützung eines Lebensmittelheftes oder einer Karte ohne Rücksicht zur Anzeige bringen und die Namen dieser Personen in der Zeitung veröffentlichen. Außerdem werden wir die vorher zu viel bezogenen Lebensmittelhefte und Karten bei der künftigen Versorgung in Abzug bringen.

II.

Für Wirtschaften, Kostgebereien, Volksküchen, Kriegsspeisungen und Anstalten jeder Art.

Die verabreichten Speisen (insbesondere Fleisch- und Kartoffelspeisen) dürfen nur gegen Ablieferung der Karten abgegeben werden.

Wir werden in Zukunft durch Kontrolle feststellen lassen, ob diese Vorschrift eingehalten wird, und wir werden gegen jede Verfehlung gleich wie oben erwähnt, vorgehen.

Die eingegangenen Marken sind von den Wirten, Kostgebereien und Anstalten an unsere Kartenstelle Festhalle abzuliefern, sie bilden die Grundlage für die Ausstellung neuer Bezugsscheine.

III.

Für die Verteilungsstellen von Lebensmitteln aller Art (Kleinverkäufer).

Wir haben seit einiger Zeit eingeführt, daß für jede Verteilung von Lebensmitteln eine bestimmte Frist vorgesehen ist. Nur innerhalb dieser Frist dürfen die Waren abgegeben werden. Nach Ablauf derselben haben die Geschäftsinhaber schriftliche Abrechnung über die Verteilung bei der Kartenstelle Festhalle einzureichen und dort gleichzeitig die eingelassenen Marken abzuliefern.

Die Abrechnung wird von uns nachgeprüft.

Die vorhandenen Restbestände bleiben zu unserer Verfügung. Sie werden, wo dies möglich ist, für die nächste Verteilung angerechnet, sonst dem berechtigten Verbrauch zugeführt.

Wer nach zweimaliger Verwarnung wieder gegen die auferlegte Pflicht verstößt, wird als Verteilungsstelle gestrichen; seine Kunden werden einem anderen Geschäft zugewiesen.

IV.

Für die Metzgerei- und Wurstlerei-Geschäfte.

Fleisch und Wurst darf nur gegen Fleischmarken abgegeben werden.

Ueber die ihnen zugewiesenen Fleischmengen haben auch die Metzgerei- und Wurstlereigeschäfte unter Vorlage der abgenommenen Fleischmarken genaue Abrechnung vorzulegen. Wir werden die weitere Fleischzuteilung von der richtigen Ablieferung der Marken abhängig machen und jeweils künftig nur so viel Fleisch zuteilen, als Fleischmarken abgeliefert worden sind.

Der Ernst der Zeit erfordert die gewissenhafte Einhaltung unserer Vorschriften.

Karlsruhe, den 20. März 1917.

Bürgermeisteramt.

Museumssaal
Montag, den 2. April, abends 8 Uhr
Vortrag mit 130 Lichtbildern
Mit dem U-Boot gegen England!
Von Kapitänleutnant a. D. van Bebbler

Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.— in der
Hofmusikalien- Fr. Doert, Kaiserstraße 159,
handlung, Eingang Rittersstr.

Schüler erhalten Vorzugskarten im Vorverkauf bei gleichzeitiger Entnahme einer größeren Anzahl von Karten:
Anstatt Mk. 3.— zu Mk. 2.—, Mk. 2.— zu Mk. 1.50
Mk. 1.— zu 75 Pfg.

von 9-1 u. 3-7 Uhr.

Besuchskarten liefert schnellstens und billigs die Badische Landeszeitung, G.m.b.H.

7500 qm
eigene Lager mit Bahn- und Hafen-Anschluß.

Robert Haberling
Spedition
Berlin
Köthenerstraße 38

Verzollung
Auslandverkehr

Fröbel-Seminar.
Für Fröbelsche Kinderpfliegerinnen
beginnt Ostern wieder ein Kurs. Dauer 1 Jahr.
Auskunft und Prospekte Karlsruhe, Hirschstr. 126. Geschäftsstunden
täglich, außer Samstags 3-4 Uhr. 1852

Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins.

Städte
Arbeitsamt

Büro-Fräulein
gesucht, tüchtig im Maschinenschriften und Stenographie.
Bewerberinnen wollen sich melden
Städt. Arbeitsamt
Bähringerstraße 100, III.

Gesucht.
Für sofort einige Herren die sich für den Dienst als
Controllbeamte

erläuten.
Schriftliche Bewerbungen an das
Nahrungsmittelamt
der Stadt Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater Karlsruhe
Dienstag, den 27. März 1917.
44. Vorstellung
der Abteilung II (gelbe Karten)
Rigoletto.
Oper in 4 Akten nach Victor Hugo
"le roi s'amuse" von F. R. Chivot
Musik von G. Verdi.
Musikal. Leitung: Alfred Lorenz.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:
Der Herzog v. Mantua G. Reugebauer
Rigoletto, sein Sohn Max v. Gortz
Gilda, dessen Tochter Marie v. Gortz
Braf von Monterone G. Jagdeboom
Braf von Ceprano F. Großinger
Die Gräfin, Gemahlin Joh. Mayer
Marullo, Kavallerie Reichs-Rat
Boris Hans
Spartacolo, ein Bräutigam Hans Dufsch.
Madalena, Schwester Marg. Bruns
Nesana, Gefolge. Hotel-Tischler
Ein Gerichtsdiener Fritz Müller
Ein Page der Gräfin Eit. Friedberg

Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr.
Werkst. Plätze: Balkon I. 1.00, 2. 0.50, 3. 0.25
Spezial I. 1.00, 1.50, 2.00.